

Jülicher Zeitung

DIENSTAG, 19. OKTOBER 2021 · 76. JAHRGANG



Literaturwissenschaftlerin

Nicole Seifert sieht Frauen in der Literatur benachteiligt

Kultur



US-Basketball

Die NBA startet mit sieben Deutschen in die 75. Saison

Sport



Astronaut

Matthias Maurer fliegt bald zur Raumstation ISS

Aus aller Welt

Nummer 244

www.az-web.de

1,80 Euro

JÜLICH

Selbst Einkaufen als Herausforderung

Christoph Beckers ist auf den Rollstuhl angewiesen. Vor 15 Jahren hat er das „Stammhaus“ mitbegründet und engagiert sich im Arbeitskreis für ein inklusives Jülich, um die Stadt barrierefreier zu gestalten. Beckers arbeitet als Büroassistent in einem inklusiven Kindergarten in Hasselsweiler. Im Alltag begegnen ihm durch seinen Rollstuhl Hürden, die Menschen ohne Behinderung gar nicht bewusst sind. Nicht immer lässt sich das wie in der Kita spielerisch lösen. **> Lokales**

WETTER



18°

max Tag

14°

min Nacht

> Bunte Seite

TELEGRAMME

Deutscher Buchpreis für Antje Rávik Strubel

FRANKFURT Der Deutsche Buchpreis 2021 geht an die Schriftstellerin Antje Rávik Strubel. Das gab der Börsenverein des Deutschen Buchhandels am Montag in Frankfurt bekannt. Ihr Buch „Blaue Frau“ wird damit als bester deutschsprachiger Roman des Jahres ausgezeichnet. Der Preis ist mit 25.000 Euro dotiert. Der bei S. Fischer erschienene Roman schildert die Flucht einer jungen Frau vor ihren Erinnerungen an eine Vergewaltigung. Die Autorin behandle das Thema „mit existenzieller Wucht und poetischer Präzision“, urteilte die Jury. Neben Strubel waren Norbert Gstrein („Der zweite Jakob“), Christian Kracht („Eurotrash“), Thomas Kunst („Zandschower Klinken“), Mithu Sanyal („Identität“) und Monika Helfer („Vati“) auf der Shortlist. (dpa) **> Kultur**

Deutschland erhöht den Druck auf Belarus

LUXEMBURG Wegen steigender Flüchtlingszahlen auf der Route über Belarus wollen Deutschland und andere EU-Staaten den Druck auf das autoritär regierte Land erhöhen. Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) sprach sich bei Beratungen der EU-Außenminister in Luxemburg für EU-Sanktionen gegen Fluggesellschaften aus, die Belarus beim Schleusen von Flüchtlingen nach Europa unterstützen. Maas erhob harte Vorwürfe gegen den belarussischen Machthaber Alexander Lukaschenko: Dieser „sei nichts anderes als der Chef eines staatlichen Schleuserrings“, sagte er am Montag. (afp) **> Politik**

KONTAKT

Fragen zu Abo und Zustellung:

☎ 0241 5101-701
🕒 Mo.-Fr. 6.30-17 Uhr, Sa. 6.30-12 Uhr
✉ kundenservice@medienhausaaachen.de

Zentrale Medienhaus:

☎ 0241 5101-0
🕒 Mo.-Fr. 7.30-17 Uhr
www.aachener-zeitung.de/kontakt



4 194122 001802 2 0042

SITZORDNUNG

Stühlerücken im Bundestag?



Grafik: MHA

Die FDP möchte im nächsten Bundestag nicht mehr neben der AfD sitzen – das wollte sie schon 2017 erreichen. Vor vier Jahren blieb dieser Wunsch unerfüllt; dieses Mal sind die Voraussetzungen für die Liberalen besser. **> POLITIK**

Weg frei für Koalitionsgespräche

Die FDP stimmt für die Aufnahme intensiver Verhandlungen mit der SPD und den Grünen, die noch diese Woche starten können. Erste Personaldiskussionen laufen bereits.

BERLIN Rund drei Wochen nach der Bundestagswahl können die Koalitionsverhandlungen zur Bildung der ersten Ampel-Regierung auf Bundesebene beginnen. Nach SPD und Grünen stimmte am Montag auch die FDP für die Aufnahme intensiver Gespräche. „Wir begeben uns nun auf den Weg, Verantwortung für Deutschland mit zu übernehmen“, sagte Parteichef Christian Lindner in Berlin. Zugleich begannen vor allem zwischen Grünen und FDP bereits unterschwellige Debatten über die Besetzung wichtiger Ministerien.

Große inhaltliche Unterschiede

Bisher hatten SPD, Grüne und FDP Sondierungsgespräche geführt, um unverbindlich Gemeinsamkeiten und Differenzen auszuloten. Bei Koalitionsgesprächen, dem nun anstehenden Schritt, haben die Partner eine gemeinsame Regierung schon fest im Blick. Die Verhandlungen könnten noch in dieser Woche starten.

Lindner machte allerdings deutlich, das angestrebte Bündnis sei vor der Wahl keine Wunschkonstellation

gewesen und werde wohl eher ein Zweckbündnis. Es gebe nach wie vor große inhaltliche Unterschiede, bei denen es auch in Zukunft bleiben werde. Diese erfordere von allen viel Toleranz und Bereitschaft zu „neuem Denken“.

Am Freitag hatten die Ampel-Unterhändler ein gemeinsames Ergebnispapier ihrer Sondierungsgespräche präsentiert, in dem einige Konflikte geklärt, andere Differenzen aber noch ungeklärt blieben. Danach sollen wichtige Steuern wie die Einkommen- und Unternehmenssteuern nicht erhöht werden. Außerdem soll die Schuldenbremse wieder eingehalten werden. Der gesetzliche Mindestlohn soll auf zwölf Euro pro Stunde steigen. Beim Klimaschutz sind unter anderem ein beschleunigter Ausbau der erneuerbaren Energien und ein Kohleausstieg im Idealfall schon bis 2030 geplant.

In den Koalitionsgesprächen soll das Sondierungspapier konkretisiert werden. Dabei wird es in den

kommenden Wochen auch um den Zuschnitt und die Besetzung der Ministerien gehen. Allerdings sollen zunächst die inhaltlichen Vorhaben des Koalitionsvertrags festgelegt werden. SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz hatte im Wahlkampf stets betont, sein Kabinett solle paritätisch, also mit gleich vielen Frauen und Männern, besetzt sein. Davon zeigten sich führende FDP-Politiker nun wenig begeistert. „Bei der Besetzung von Kabinettsposten sollte immer die Qualifikation und

„Wir reden jetzt nicht darüber, was an einzelnen Ministerien wie zugeschnitten wird.“

SPD-Chef Norbert Walter-Borjans

die Fähigkeit, ein Ministerium zu führen, eine Hauptrolle spielen“, sagte FDP-Vize Wolfgang Kubicki. FDP-Vorstandsmitglied Marie-Agnes Strack-Zimmermann erklärte: „Wenn man die gesellschaftliche Realität im Kabinett abbilden möchte, macht es natürlich Sinn, Minister und Ministerinnen gleichermaßen im Kabinett zu haben.“ Aber zualtererster müsse die fachliche Kompetenz eine Rolle spielen.

Vor allem um die Besetzung des Finanzressorts bahnt sich eine Auseinandersetzung zwischen Grünen und FDP an. Lindner signalisierte bereits Interesse, betonte aber zugleich, so etwas solle jetzt nicht öffentlich diskutiert werden.

Mehrere Spitzenpolitiker der Ampel-Parteien versuchten, die Personaldebatte auszubremsen. SPD-Chef Norbert Walter-Borjans drang darauf, zuerst über Inhalte zu sprechen. „Wir reden jetzt nicht darüber, was an einzelnen Ministerien wie zugeschnitten wird“, sagte er. Lindner wolle scheinbar bereits Pflöcke einschlagen für Verhandlungen.

Auch Lindners Parteifreund, FDP-Generalsekretär Volker Wissing, bezeichnete Personaldiskussionen als verfrüht. „Natürlich müssen am Ende, wenn man Koalitionsverhandlungen abgeschlossen hat, auch Ressortfragen geklärt werden“, sagte er. „Aber die jetzt zu thematisieren, halte ich nicht nur für verfrüht, sondern auch für wenig hilfreich, weil es von den Inhaltsfragen ablenkt.“ Grünen-Chef Robert Habeck sagte, es gehöre „zur Fairness, zum guten Ton und auch zur politischen Klugheit“, jetzt keine Personaldebatten aufzumachen. (dpa)

> Meinung

Diesel teuer wie nie, Benzinpreis vor Allzeithoch

MÜNCHEN Diesel kostet so viel wie nie – und auch der Benzinpreis kratzt am Allzeithoch. Autofahrer mussten am Sonntag im bundesweiten Durchschnitt 1,555 Euro pro Liter Diesel zahlen und damit mehr als je zuvor, wie der ADAC mitteilte. Für Benzin der Sorte Super E10 wurden im Durchschnitt 1,667 Euro pro Liter fällig. Das ist nur wenige Zehntelcent vom Allzeithoch entfernt. Das bisherige Allzeithoch erreichte der Dieselpreis laut ADAC am 26. August 2012 mit 1,554 Euro. Wenig später, am 13. September 2012, wurde der bislang höchste Stand beim Benzinpreis registriert, er lag bei 1,709 Euro.

Für die Entwicklung der Kraftstoffpreise sind der Rohölpreis und der Wechselkurs von Dollar und Euro ausschlaggebend. Der Rohölpreis ist derzeit zwar niedriger als 2012. Der Dollar ist jedoch deutlich stärker als vor neun Jahren. Das verteuert Ölimporte nach Europa. Eine Rolle spielt außerdem die zu Jahresbeginn eingeführte CO₂-Abgabe. (afp)

> Die Seite Drei

Bundestag: Frauen in der SPD wollen eine Präsidentin

BERLIN Die Frauen in der SPD haben ihre Fraktion aufgefordert, eine Frau für das Bundestagspräsidium zu nominieren. Es müsse „zwingend“ eine Nachfolgerin für Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) geben, sagte die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, Maria Noichl: „Im Zukunftsprogramm der SPD wird das Jahrzehnt der Gleichstellung gefordert. Diese Worte fordern Taten. Daher ist die Position der Bundestagspräsidentin auch zwingend mit einer Frau zu besetzen.“ In der SPD-Bundestagsfraktion gebe es „kompetente und tolle Frauen. Die altbekannte Ausrufe, es würde sich keine Frau finden, lassen wir nicht gelten.“ SPD-Chef Norbert Walter-Borjans hatte Fraktionschef Rolf Mützenich für das Amt des Bundestagspräsidenten vorgeschlagen. Damit wären mit dem möglichen Kanzler Olaf Scholz und Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier die höchsten politischen Posten mit Männern besetzt. (dpa)

> Politik

Spahn für Ende der „epidemischen Lage“

Gesundheitsminister möchte Ausnahmeregelung Ende November auslaufen lassen. RKI: Risiko für Geimpfte ist „moderat“.

BERLIN Bundesgesundheitsminister Jens Spahn hat sich für ein Auslaufen der sogenannten „epidemischen Lage nationaler Tragweite“ ausgesprochen. Wie ein Ministeriumssprecher bestätigte, äußerte sich der CDU-Politiker entsprechend am Montag bei Corona-Beratungen mit den Gesundheitsministern der Länder. Das Robert Koch-Institut stuft „das Risiko für geimpfte Personen als moderat ein“, somit könne angesichts der aktuellen Impfquote die epidemische Lage als bundesweite Ausnahmeregelung am 25. November 2021 beendet werden, wurde Spahn von Teilnehmern zitiert: „Damit wird ein seit dem 28. März 2020 und damit mithin seit

fast 19 Monaten bestehender Ausnahmezustand beendet.“

Die Entscheidung liegt allerdings beim Bundestag. Der hatte die „epidemische Lage von nationaler Tragweite“ erstmals im März 2020 zu Beginn der Pandemie festgestellt und danach immer wieder verlängert, zuletzt Ende August für weitere drei Monate. Sie läuft automatisch aus, wenn sie vom Parlament nicht erneut verlängert wird. Die „epidemische Lage“ gibt Bundes- und Landesregierungen Befugnisse, um Verordnungen zu Corona-Maßnahmen oder zur Impfstoffbeschaffung zu erlassen.

Was Spahns Äußerungen konkret bedeuteten, ist noch offen. Unklar

ist, ob mit einem Auslaufen der epidemischen Lage automatisch eine Art „Freedom Day“ mit einem Ende aller Beschränkungen käme, wie zuletzt immer wieder diskutiert wurde. Denn für Corona-Maßnahmen sind die Bundesländer selbst zuständig. Sie legen Abstands-, Veranstaltungs- und Maskenregeln jeweils in ihren eigenen Coronaschutzverordnungen fest und schreiben diese regelmäßig fort. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) hatte bereits gesagt: „Klar ist: Wenn der Bundestag die epidemische Lage nicht mehr verlängert, dann bedeutet dies wohl das Ende aller Sicherheitsauflagen. Denn nur das Feststellen der epidemischen Lage ist

Basis und Rechtsgrundlage für die Infektionsschutzverordnungen der Länder. Dann hätten wir Ende November indirekt den Freedom Day.“

EMA: Die Europäische Arzneimittelbehörde EMA prüft nun auch die Zulassung des Corona-Impfstoffes der Hersteller Biontech und Pfizer für Kinder im Alter von fünf bis elf Jahren. Die Hersteller hatten bereits in der vergangenen Woche angekündigt, entsprechende Daten zu den klinischen Untersuchungen an die EMA zu schicken.

Die Studien zeigen nach Angaben von Biontech und Pfizer, dass der Impfstoff von Kindern in dieser Altersgruppe gut vertragen wird und

eine stabile Immunantwort hervorruft. Anders als bei Jugendlichen bekamen die Kinder dieser Altersgruppe nur ein Drittel der üblichen Dosis. Der Impfstoff Cominarty ist zur Zeit in der EU nur für Menschen ab zwölf Jahren zugelassen. Eine Empfehlung über die Erweiterung der Zulassung wird in einigen Monaten erwartet. Die endgültige Entscheidung liegt dann bei der EU-Kommission. Das aber gilt als Formsache. (dpa)

Aktuelle Informationen online auf: **aachener-zeitung.de**, hier gibt es auch einen Überblick über alle Anbieter, die Schnelltests durchführen; Bürgertelefon: **0211/91191001**; Infos online: **land.nrw/corona** und **rki.de**

7-TAGE-INZIDENZ IN DER REGION > **STÄDTEREGION AACHEN** ➔ 35,4 | **KREIS DÜREN** ➔ 59,2 | **KREIS HEINSBERG** ➔ 33,1 **> AACHENER-ZEITUNG.DE/CORONAVIRUS**